

Dienstag, 13. August 2019, Miesbacher Merkur / Lokalteil

# Die Baustellen der Gesundheitsversorgung

VON CHRISTINE MERK



Angeregte Diskussion: Drei Stunden lang tauschte sich Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml (M., rotes Oberteil) am Krankenhaus Agatharied mit Vertretern aus dem Gesundheitswesen aus. Foto: abgeordnetenbüro Ilse Aigner

Wie soll die Gesundheitsversorgung in der Zukunft aussehen? Müssen Krankenhäuser abgebaut werden? Welche Lösungen gibt es für den Mangel an Ärzten und Pflegekräften? Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml stellte sich im Krankenhaus Agatharied diesen Fragen.

Landkreis – In Deutschland gebe es zu viele Krankenhäuser, die Zahl müsse drastisch reduziert werden. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie der Bertelsmann-Stiftung (wir berichteten), die nun auch Thema bei einem Gespräch mit Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) im Krankenhaus Agatharied war. Die CSU-Abgeordneten Ilse Aigner (Landtag) und Alexander Radwan (Bundestag) hatten dazu eingeladen, etwa 20 Verantwortliche aus Medizin und Pflege waren gekommen. Michael Kelbel, Geschäftsführer der Klinik, hielt mit seiner Kritik zu der Bertelsmann-Studie nicht hinterm Berg: „Wir diskutieren nur über

Krankenhäuser. Aber die Frage, wie flächendeckende Versorgung vor Ort überhaupt sichergestellt sein kann, die stellt keiner.“

„Wer legt fest, was wir brauchen?“

Klaus Fresenius aus Rottach-Egern, Vorsitzender des Ärztlichen Bezirksverbands Oberbayern, bemängelte eine bisher fehlende objektive Bedarfsermittlung. Man müsse fragen: „Wer legt eigentlich fest, was wir brauchen?“ In Dänemark etwa sei die Bevölkerung gefragt und dann ein Fahrplan für die Gesundheitsversorgung erarbeitet worden. Dass medizinische Versorgungszentren eine wichtige Rolle spielen werden, davon waren alle überzeugt. Allerdings sei sicherzustellen, dass die Leitung in der Hand der Ärzte bleibe und nicht Investoren das Ruder übernehmen.

Zu wenig Ärzte, zu wenig Pflegekräfte

Wie Strukturen künftig aussehen, ist die eine Frage. Eine andere ist, wie Personal gewonnen werden kann. Sowohl Ärzte als auch Pflegekräfte fehlen. Huml sieht dringenden Handlungsbedarf. Für Medizin müssten mehr Studienplätze angeboten werden. Bei der Vergabe sollten nicht nur Noten, sondern auch Vorbildung oder ehrenamtliches Engagement eine Rolle spielen.

Caritas-Kreisgeschäftsführerin Beate Haslinger-Naß beklagte zudem das schlechte Image der Pflege. „Trotz aller Gesetze und Initiativen haben wir keine Pflegekraft mehr“, sagte sie. Oft würde jungen Menschen nahegelegt, lieber etwas anderes zu machen. „Pflege heißt ‚Zeit für den Menschen‘“, sagte sie und forderte ein anderes Finanzierungssystem. „Wie ein Automechaniker einen Leistungskatalog verwalten – das ist nicht das Bild, das ich von der Pflege habe.“ Hinzu kommt die fehlende Planbarkeit. „Wir müssen immer damit rechnen, dass am Wochenende das Telefon klingelt und wir trotz Freizeit arbeiten müssen.“ Abschalten sei da schwer. Die Belastung sei sehr hoch, berichtete Annerose Kölbl stellvertretend für die Pflegekräfte.

Datenmengen und schlechte Software

Ein weiteres Problem ist die Digitalisierung: Unmengen von Daten müssen verwaltet werden. Zur Qualität der Programme für die Organisation von Abläufen fand Anästhesie-Chefarzt Joachim Groh deutliche Worte: „Die Software-Firmen schmeißen unausgegorene

Beta-Versionen auf den Markt, und wir dürfen sie testen.“ Heißt: viele Stunden am Computer und nicht beim Patienten.

Groh sprach auch den Wunsch nach einem stationären Hospizzentrum an. „Wir haben im Landkreis eine Unterversorgung – vor allem für jüngere Menschen und solche mit neurodegenerativen Erkrankungen, die sehr betreuungsintensiv sind.“ Betroffene müssten zu weit fahren. „Das ist in einer derartigen Ausnahmesituation nicht machbar.“ Die Gesundheitsministerin regte an, die Palliativangebote in den Pflegeheimen zu verbessern. Zum Thema Pflegeberufe stellte sie einen neuen Ansatz vor: eine gemeinsame Ausbildung für Alten-, Kranken und Kinderkrankenpflege. Die größere Flexibilität soll den Pflegeberuf attraktiver machen.

Medikamente: Alternativen erlauben

Apotheker Fritz Grasberger aus Miesbach regte an, bei Rabattverträgen mit den Krankenkassen Alternativen für bestimmte Medikamente festzulegen, um Engpässe zu umgehen. Jürgen Pohl, Geschäftsführer des Seniorenzentrums Schwaighof, brachte vor, dass Preiserhöhungen zu oft zu Lasten der Bewohner, ihrer Angehörigen und der Sozialkassen gingen. „Die Bewohner stellen sich die Frage, wie lange sie mit ihrem Geld noch den Aufenthalt in unserem Haus finanzieren können“, berichtete er. „Das ist bitter.“

Konkrete Ergebnisse gab es nach dem dreistündigen Dialog in Agatharied nicht, doch nahm die Ministerin vielschichtige Anregungen mit. Zum Einstiegsthema Krankenhausschließungen sagte sie: „Wir brauchen in der Fläche weiterhin eine gute Versorgung, das steht außer Frage.“